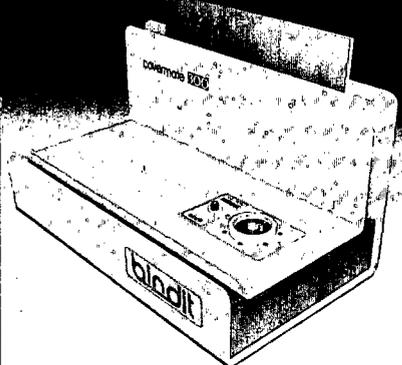


**bindit** gehört  
in jedes Büro!

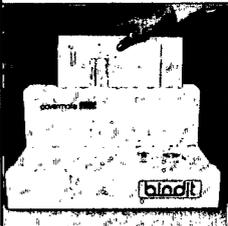


**In Sekundenschnelle  
aus losen Blättern  
gebundene Broschüren,  
Mappen und Dokumente.**



Wir stellen aus  
**Hannover  
Messe 88**  
CeBIT West, Halle 18,  
Stand 104 EG

Lose Blätter  
in die  
Bindit-Mappe



Mappe mit  
Schriftgut  
in das Gerät



Starttaste drücken.  
Die Klebeleiste  
im Mappenrücken  
verbindet sich  
mit dem losen  
Schriftgut.



In Sekunden -  
das fertig  
gebundene  
Dokument  
ohne Randverlust  
und flach öffnend!

bindit büromaschinenvertrieb gmbh  
münsterstraße 18-22 · 4400 rheine  
tel. 0 59 71/5 51 11 - tx. 9 81 630 heydn d

An Bindit-Postfach 530 · 4440 Rheine

Schicken Sie mir Ihr Angebot  
und großen Farbprospekt kostenlos.

Name:

Anschrift:

Telefon:

in Israel kursiert schon die düstere Vision eines PLO-Staates mit Autonomiestatut für die jüdische Minderheit.

Doch solange die Regierungskoalition in Jerusalem hält, werden Menachem Begin und sein neuer Außenminister Jizchak Schamir das zu verhindern wissen. Schamir gilt selbst im orthodoxen Freundeskreis um Begin als Falke. Er trat Montag letzter Woche sein Mandat an in der festen Absicht, aus dem Ministerium „für Protokolle und Empfänge“ (so Schamir-Vorgänger Mosche Dajan) wieder ein Instrument offensiver Außenpolitik zu machen.

Der neue Außenminister ist strikt gegen die Gründung eines Palästinenserstaates, weil es, wie er neulich seinem britischen Kollegen Lord Carrington anvertraute, „schon einen Palästinenser-Staat gibt, nämlich Jordanien“. Er hat auch nie einen Hehl daraus gemacht, daß er die Vereinbarungen von Camp David für einen Schwächeanfall der israelischen Politik hält. Unter seiner Führung soll Israel in seiner Außenpolitik nun wieder Stärke zeigen.

Jizchak Schamir zählt zum ganz harten Kern der Pioniergeneration. Er hat die radikalzionistischen Frontkämpferevereine Irgun und Stern durchlaufen, nachdem er 1935 von Polen ins Gelobte Land umsiedelte. Zweimal wurde er von der britischen Mandatsverwaltung als Terrorist interniert. Zweimal brach er wieder aus, das erstemal aus einem Internierungslager in Eritrea, ein anderes Mal aus dem Gefängnis in Masra südlich der libanesischen Grenze.

Nach der Gründung Israels ging der drahtige, breitschultrige Mann mit den buschigen Brauen wieder in den Untergrund — als Mitglied des Geheimdienstes Mossad, der jahrelang den Gegenterror der Israelis gegen die Araber organisierte.

Parlamentarier ist Schamir erst seit 1973. Nach Begins Wahlsieg im Mai 1977 avancierte er auf den Posten des Knesset-Sprechers. Schon dort brachte er mit harter Hand Querulanten zur Raison. Weil „letzten Endes die Demokratie selber ausgehöhlt werden kann, wenn politische Randgruppen zu viele demokratische Freiheiten mißbrauchen“, knipste er der Opposition im Parlament einfach die Mikrophone aus.

Außenpolitisches Profil erlangte Jizchak Schamir, als er seinen Schwur brach, sich niemals „mit den Söhnen der Nazis“ einzulassen, und als erster führender Politiker von Begins Cherut-Partei in die Bundesrepublik reiste.

Gegenüber den Arabern freilich hält Schamir zuviel Entgegenkommen für gefährlich. Trotz der israelisch-ägyptischen Annäherung steht er eisern zu seiner wichtigsten Lebensmaxime: „Die ganze Welt ist gegen uns.“

## SPANIEN

### Rand des Abgrunds

**Das schlechte Abschneiden der Regierungspartei bei den Regionalwahlen im Baskenland hat Premier Suárez in Bedrängnis gebracht. Diese Woche votieren die Katalanen — auch gegen Madrid?**

Spaniens alte Kämpfer sehen mal wieder das Vaterland in Gefahr. „Keinen Fußbreit“, so verkündete vorige Woche Oberst González del Yerro, Befehlshaber der in Fuerteventura, auf den Kanarischen Inseln, stationierten Fremdenlegion, würden seine Männer bei der Verteidigung der Einheit der Nation nachgeben. „Mit wachem Geist und spitzen Ohren wird die Legion zu verhindern wissen, daß Spanien auseinanderbricht.“

Die Vaterlandsverteidiger sind alarmiert, weil die Madrider Zentralmacht in dem seit Jahrhunderten währenden Kampf mit den unruhigen Baskenprovinzen im Norden eine Schlacht verloren hat:

Zum ersten Mal in seiner Geschichte wählte am vorletzten Wochenende das spanische Baskenland ein eigenes Regionalparlament — in dem die Madrider Regierungspartei UCD ganze sechs von sechzig Sitzen errang\*.

\* Von Oktober 1936 bis Juni 1937, während des spanischen Bürgerkrieges, hatte das Baskenland zwar bereits einmal eine eigene Regierung, nicht aber ein eigenes Parlament.



**Premier Suárez (r.) in Bilbao**  
„Möglich, daß jemand zahlen muß“

Mehr als zwei Drittel aller Stimmen dagegen bekamen jene Parteien, die Autonomie oder gar eine selbständige baskische Volksrepublik auf ihre Fahnen geschrieben und zum Teil aktiv den bewaffneten Kampf der Untergrundorganisation Eta gegen Madrid unterstützt haben.

Der für Madrid blamable Wahlausgang ist die späte Rache für vier Jahrzehnte gnadenloser Unterdrückung jeglicher baskischer Eigenständigkeit während der Diktatur des Generalissimus Franco. Vor allem aber ist es eine schmerzhaft Ohrfeige für den Mann, der eben diese Diktatur in Spanien liquidiert hat.

Zwei Wochen lang hatte Premier Adolfo Suárez im vergangenen Sommer mit den Baskenführern in Madrid über das „Statut von Guernica“ verhandelt, das Umfang und Durchfüh-

und traditionsreichsten Partei des Baskenlandes, der PNV, auf.

Als deren Lendakari verurteilte Garaikoetxea zwar ausdrücklich den bewaffneten Kampf, die Guerrilleros der Eta aber blieben für ihn doch „unsere irregulierten Brüder“. Das Autonomiestatut, so hofften er und sein Madrider Gegenspieler, würde sie allmählich dazu bringen, die Waffen niederzulegen.

Doch dazu kam es nicht. Bald schon verflieg die Euphorie, die beim Abschluß der Madrider Statutsverhandlungen geherrscht hatte, und unter den Basken machte sich bittere Ernüchterung breit. Denn Madrids Premier, seinerseits angesichts der Autonomieforderungen anderer Regionen wie Andalusien oder Katalonien unter dem Druck der Rechten, versuchte nun, das Vereinbarte zu verwässern.



**Wahlsieger Garaikoetxea: „Schluß mit der zweideutigen Politik“**

zung der Autonomie für das Baskenland regeln sollte. Wichtigster Gesprächspartner des Premiers war der jetzige Wahlsieger Carlos Garaikoetxea, 41, Chef der Baskisch-Nationalistischen Partei PNV.

In Verhandlungen rund um die Uhr erwarben die beiden einander in vielem ähnlichen Männer Achtung und Sympathie füreinander. Wie der spanische Premier erwies sich der aus Navarra stammende Baskenführer („Lendakari“) als ein moderner Konservativer, der mehr Manager als Politiker alten Stils ist.

Wie Suárez hat auch Garaikoetxea nicht aktiv gegen das Franco-Regime gekämpft, sondern zunächst als Unternehmer und Anwalt Karriere gemacht. Erst vor fünf Jahren ging er aktiv in die Politik, stieg dann jedoch überraschend schnell zum Chef der größten

So etwa gestand das Autonomie-Statut den Basken zu, das Erziehungswesen falle „in seinem gesamten Umfang, auf allen Ebenen und in allen Stufen in die Kompetenz der autonomen Gemeinschaft“. Ein neues Universitätsgesetz, das die Madrider Regierung Anfang des Jahres vorlegte, sieht nun jedoch für alle Regionen in den Universitäten zentralistische Reglementierung sogar im Verwaltungsbereich vor.

Schrieb das Statut eine autonome Polizei für das Baskenland fest und bestimmte darüber hinaus, daß die Führungsspitze der gesamten Polizeikräfte paritätisch von Spaniern und Basken zu besetzen sei, so verfügte Madrid später eigenmächtig, im Baskenland wie in anderen Regionen müsse der Sicherheitschef in jedem Fall Spanier sein.

Protestierend zogen die Baskenvertreter aus den Cortes, dem Madrider

Zentralparlament, aus. Und ein Sprecher der Eta-nahen Herri Batasuna, der zweitgrößten politischen Kraft des Baskenlandes, folgerte, die baskischen Unterhändler hätten „sich betrügen lassen“.

Die Quittung für den angestauten Groll gaben die Basken dem Madrider Regierungschef bei den Wahlen am 9. März — und brachten ihn damit erstmals ernsthaft in die Schußlinie nicht nur der Opposition, sondern auch seiner eigenen Parteifreunde.

„Es ist möglich, daß jemand für diese Wahlergebnisse zahlen muß“, erklärte Minister Joaquín Garrigues Walker und forderte: „Schluß mit der zweideutigen Politik“ der UCD. Denn, so schwante dem Minister: „Was im Baskenland passiert ist, wird sich zweifellos auch in Katalonien und im übrigen Spanien wiederholen.“

In Katalonien aber, neben dem Baskenland die wirtschaftlich und politisch wichtigste Region außer Madrid, finden schon diesen Donnerstag Wahlen für das Provinzparlament statt. Und in Katalonien kann die Zentralregierung wohl auf ebensowenig Sympathie rechnen wie im Baskenland. Denn wie die Basken haben sich auch die Katalanen seit Jahrhunderten gegen den Machtanspruch Madrids gewehrt, wenn auch weniger gewaltsam. Sozialisten und katalanische Nationalisten rechnen sich gute Siegeschancen aus.

Aufgeschreckt von der Niederlage im Baskenland, brach der Premierminister vergangenen Freitag zu einer auf fünf Tage angesetzten Wahlkampfreise durch die katalanische Provinz auf — bei den Basken hatte er sich nur 24 Stunden lang eingefunden, und das Volk bekam ihn nur auf dem Bildschirm zu sehen.

Mit 500 Millionen Peseten (13,5 Millionen Mark) suchte zudem der einflußreiche katalanische Unternehmerverband „Foment del treball nacional“, die Parteien des Zentrums und der Rechten gegen Sozialisten und Kommunisten stark zu machen. „Der Ausgang des Wahlexperiments in Katalonien“, warnte Verbandsvorsitzender Alfredo Molina, „ist nicht nur für Spanien, sondern für Europa und die gesamte westliche Welt wichtig.“

In Madrid erwog die sozialistische Opposition derweil, ob sie einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung Suárez durchbringen könnte. „Zum erstenmal bin ich um unsere Demokratie besorgt“, erklärte Sozialistenchef Felipe González. „Entweder gerät die Regierung in eine Krise oder sie führt das ganze Land in eine Krise, und das wäre noch schlimmer.“

„Die Autonomiefrage hat sie (Suárez und seine Partei) an den Rand des Abgrunds gebracht“, stellte „El País“, Madrids größte Tageszeitung, fest und fragte in einem Leitartikel: „Ist dies der Zeitpunkt, den Mann des Übergangs abzubauen?“